



Landtagspräsident Busemann: Roma und Sinti gehören zu Deutschland!

Am heutigen Internationalen Tag der Roma empfing Landtagspräsident Bernd Busemann eine Delegation des Vereins Romane Aglonipe unter Leitung seines Vorsitzenden Djevdet Berisa. Die Vertreter des Vereins berichteten von ihren aktuellen Aktivitäten, darunter die Gründung der „Roma-Jugend in Niedersachsen“ und der „Roma-Frauen in Niedersachsen“.

Busemann betonte, wie wichtig es gerade für Parlamentarier sei, sich gegen Rassismus in Deutschland und Europa zu wenden. Er begrüßte ausdrücklich, dass Roma und Sinti gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden gegen Rassismus auftreten – gleichgültig ob in antisemitischer oder antiziganistischer Form.

Der Landtagspräsident unterstützte den von der Landesregierung geäußerten Wunsch, gemeinsam mit Vertretern der größten europäischen Minderheit für deren gleichberechtigte Teilhabe an Wohlstand, Kultur und Gesellschaft zu kämpfen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die ausgerechnet für den heutigen Tag der Roma angesetzte Abschiebung von Roma aus Schleswig-Holstein in ihre Heimatländer kein gutes Signal an die Sinti und Roma in Deutschland sei. Zwar müsse sich der Staat natürlich an Recht und Gesetz halten, jedoch mache auch in dieser Frage der Ton die Musik.

Angesichts der Diskussion um die aktuelle Zuwanderung von Roma und Sinti aus Südosteuropa nach Deutschland sagte Busemann: „Hier sehe ich vor allem die EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien in der Verantwortung. Sie müssen ihren Bürgerinnen und Bürgern Lebensbedingungen bieten, die Teilhabe garantieren und rassistische Ausgrenzung verhindern. Aber auch Deutschland und die EU tragen eine Mitverantwortung, die wir sehr ernst nehmen sollten. Auf keinen Fall dürfen die betroffenen Kommunen allein gelassen werden, wenn es wie mancherorts zu schwerwiegenden Integrationsproblemen kommt.“

Grundsätzlich wünschte sich der Landtagspräsident, dass Deutschland die Kultur der Roma und Sinti stärker als bisher als ein wertvolles, jahrhundertealtes Erbe begreift, das es gemeinsam zu bewahren gelte – gerade vor dem Hintergrund der Verbrechen, die im deutschen Namen an Angehörigen dieser Völker begangen wurden.